

Für die Wiedereinbettung der Ökonomie in Natur und Gesellschaft

Thesen zur sozial-ökologischen Neuorientierung unserer Wirtschaftsweise in Zeiten von COVID-19- und Klimakrise. Von Prof. Dr. Reinhard Loske im Auftrag von Greenpeace.



Zusammenfassung

Die anhaltende COVID-19-Krise hat Fehlentwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft offengelegt, die zuvor schon durch die Klima- und Naturkrise deutlich erkennbar waren. Zu nennen sind diesbezüglich vor allem folgende Einsichten:

Die systematische Verletzung von Naturgrenzen bleibt nicht ohne Folgen für die Menschheit. Die Vorstellung, die Natur sei für uns zuvörderst Ressourcenquelle und Deponieraum, ist eine tragische Fehleinschätzung, die zerstörerische Konsequenzen hat.

Die systematische Nichtbeachtung von gut belegten wissenschaftlichen Fakten und Empfehlungen trägt maßgeblich zur Verschärfung von Großrisiken wie dem Klimawandel, dem Biodiversitätsschwund und der Ausbreitung von Pandemien bei. Realitätsverleugnung, wie sie von vielen Protagonisten des Status quo und von Populisten betrieben wird, ist in der Konsequenz zerstörerisch

Die systematische Vertiefung und Beschleunigung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung mit ihrer hohen Transportintensität und ihrem hohen Energie- und Ressourcenverbrauch hat nicht nur regionale Wirtschaftskreisläufe zerstört, sondern die Gesellschaften auch verletzbarer und abhängiger gemacht. Die Resilienz, also die Fähigkeit, aus eigener Kompetenz mit schweren Krisen umzugehen, ist deutlich gesunken.

Die systematische Ausrichtung von öffentlicher Daseinsvorsorge und Infrastrukturbereitstellung an primär betriebswirtschaftlichen Kriterien wie Kosteneffizienz und Wettbewerbsfähigkeit führt dazu, dass die Orientierung am gesellschaftlichen Nutzen in so wichtigen Bereichen wie Gesundheit, Energie, Verkehr, Wasser, Kreislauf- und Abfallwirtschaft, Bildung und Digitalisierung systematisch zu kurz kommt. Das rächt sich v. a. in Krisenzeiten.

Die systematische Ausrichtung der Gesellschaft an Erwerbsarbeit, Konsum und Wachstum hat dazu beigetragen, dass die meist gar nicht oder schlecht bezahlte Sorgearbeit weitgehend aus dem Fokus der Politik verschwunden ist. Diese Grundausrichtung zehrt nicht nur „Naturkapital“ auf, sondern auch „soziales Kapital“, also gesellschaftlichen Zusammenhalt. In der COVID-19-Krise ist deutlich geworden, wie wichtig die Sorgearbeit für das Funktionieren des Gemeinwesens ist und dass sie eine Aufwertung erfahren muss.

Die systematische Ausrichtung von Wirtschaft und Politik auf technische Effizienzlösungen für gesellschaftliche Herausforderungen wie den Klimawandel hat fast vergessen lassen, wie groß das Potential von Strategien der Suffizienz ist, also der maßvollen, nichtkonsumistischen und nicht-wachstumsorientierten Lebensstile ist. Die Krise hat gezeigt, dass Suffizienz – zumindest temporär – möglich ist und viele soziale Praktiken wie Selbermachen, Teilen, Reparieren, Nachbarschaftshilfe oder Subsistenz noch lebendig sind und funktionieren. Ob diese Erfahrungen in dauerhaftes Handeln umgesetzt werden können, hängt auch von politischen Rahmensetzungen ab.

Die systematische Globalisierung der Ökonomie hat zwar zu globalen Herausforderungen wie der Erderwärmung, der Verschärfung von Einkommensunterschieden oder der Verstärkung von Migrationsbewegungen geführt, kaum jedoch zur Schaffung handlungsfähiger Politikstrukturen auf globaler Ebene. In der COVID-19-Krise gab es bislang kaum „Global Governance“, dafür aber eine Renaissance nationalen und subnationalen Handelns.

Im hier vorgelegten Papier wird auf der Grundlage dieser Ausgangsanalyse zunächst aufgezeigt, dass viele der jetzt besonders offenkundig gewordenen Fehlentwicklungen in der Ökologie- und Nachhaltigkeitsdebatte bereits seit einem halben Jahrhundert intensiv diskutiert werden. Auch sind hier vielfältige Politikkonzepte und -strategien zur Überwindung der offenkundigen Fehlentwicklungen präsentiert worden. Die Diskussionen über die „Grenzen des Wachstums“ in den siebziger Jahren, die Verbindung von Umwelt- und Entwicklungszielen in den neunziger Jahren und das Pariser Klimaabkommen sowie die „Sustainable Development Goals“ von 2015 werden kurz nachgezeichnet und in den großen Kontext des „Anthropozäns“ eingeordnet. Ausgehend von der Analyse der gegenwärtigen COVID-19-Krise, ihrer „Verwandtschaft“ mit der Klima- und Biodiversitätskrise sowie der historischen Einordnung werden insgesamt sieben Vorschläge bzw. Bündel von Vorschlägen präsentiert, die aufzeigen, was jetzt zu tun ist. Im Einzelnen sind dies:

- 1** Nachhaltigkeit muss an die Stelle von Ökonomismus treten. Sie ist kein sektorales Politikfeld, sondern eine Querschnittsaufgabe: von der Energie-, Verkehrs- und Agrarpolitik bis zur Wirtschafts-, Finanz- und Außenpolitik. Die Ökonomie muss wieder stärker in gesellschaftliche Bezüge und Naturkreisläufe eingebettet werden. Nachhaltigkeit muss als Grundrecht und Grundpflicht Verfassungsrang erhalten!
- 2** Die Ökonomie muss de-globalisiert, re-regionalisiert und entschleunigt werden. Die internationale Arbeitsteilung ist auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen und die solare Kreislaufwirtschaft in den Regionen zu stärken. Den globalen Flug- und Containerverkehr sind ihre ökologischen Kosten durch geeignete Instrumente realistisch anzulasten. Die ungebrochen hohe Abhängigkeit von fossilen Energieimporten ist durch den Ausbau erneuerbarer Energien und vor allem durch intelligente Energieeinsparung zu reduzieren. Die ökologisch verheerenden Agrarstrukturen sind durch reduzierte Futtermittelimporte, standortgerechte Landnutzung, eine artgerechte Nutztierhal-

tung und eine radikal reformierte europäische Agrarpolitik zu Gunsten der bäuerlichen Landwirtschaft umzubauen.

- 3** Die Alternative zur ökonomischen Globalisierung heißt sicher nicht Re-Nationalisierung, sondern weltoffene Globalisierung. Dezentralisierte und lokalisierte Wirtschaftsstrukturen sind eine wichtige Teilantwort auf globale Herausforderungen wie den Klima- und Biodiversitätsschutz. Stärkung der Kommunen, interkommunale Kooperation und zellular-vernetzte Ökonomien sind die neuen Leitbilder. Da, wo auch in Zukunft internationaler Austausch von Gütern und Dienstleistungen stattfindet, ist durch Lieferkettengesetze und faire Handelsabkommen sicherzustellen, dass Nachhaltigkeitsanforderungen erfüllt werden.
- 4** Öffentliche Infrastrukturen für Gesundheit, Bildung, Wasser, Energie, Transport, Abwässer und Abfälle sowie Kommunikation sind so essenziell für die Gesellschaft, dass sie anders behandelt werden müssen als die Produktion von Automobilen oder das Betreiben von Kaufhäusern. Aufgabe der Politik ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass (vor allem kommunale) Infrastrukturen in Zukunft so bereitgestellt werden können, dass Nachhaltigkeit und Gemeinwohlorientierung im Zentrum stehen. Der Privatisierungsdruck auf die kommunalen Infrastrukturen ist durch entsprechende Gesetzgebung und Finanzausstattung der Kommunen abzubauen.
- 5** Erwerbsarbeit und Sorgearbeit müssen neu austariert und fair geteilt werden. Suffizienz, Arbeitszeitverkürzung und Grundeinkommenselemente sind wichtige Bausteine der neuen Ökonomie. Zwar sind Fragen von verkürzten Arbeitszeiten, Arbeitsentlohnung, Arbeitsbedingungen und arbeitsbezogener Geschlechtergerechtigkeit gesellschaftliche Fragen, die bei uns zu einem guten Teil eher von Tarifparteien geregelt werden und nur zum Teil vom Staat. Aber Politik kann Rahmenbedingungen setzen und somit Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Art, wie wir arbeiten, zugleich zur nachhaltigen Entwicklung beiträgt.
- 6** Ökonomie muss in Zukunft viel stärker von den Zielen her gedacht werden und sich an Nachhaltigkeits- und Gemeinwohlzielen messen lassen. Politik muss diesen Prozess durch neue Formen des Verantwortungseigentums, neue Formen der Wohlfahrtsmessung, neue Formen der Unternehmensbilanzierung und die Ermöglichung von neuen Formaten der ökonomischen Bildung fördern und unterstützen.
- 7** In den zurückliegenden drei Dekaden haben neoliberales Denken und neoliberale Politik zu einem absoluten Primat von Wettbewerb, Effizienz, Deregulierung und Entstaatlichung geführt. Im Ergebnis hat diese Ausrichtung neben vielen Gewinnern auch sehr viele Verlierer produziert. Die Folgen für die globale Umwelt und die globale Gerechtigkeit jedenfalls sind in vielerlei Hinsicht negativ. Deshalb gehört der Marktfundamentalismus auf den Müllhaufen der Geschichte. Freilich sollten an seine Stelle nun nicht ein naiver Steuerungsoptimismus und eine neue Staatsgläubigkeit treten. Jetzt werden eine mutige Politik, ein handlungsfähiger Staat, transformationswillige und -fähige Unternehmen und vor allem eine wache Zivilgesellschaft. Was jetzt ansteht, ist die Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft zur aktiven Teilhabe- und Verantwortungsgesellschaft.

Die gegenwärtige COVID-19-Pandemie ist neben dem unmittelbaren menschlichen Leid, das sie erzeugt, eine schmerzhafteste Offenlegung von nicht-nachhaltigen und nicht-resilienten Strukturen und eine Sichtbarmachung von weltumspannender Verletzbarkeit menschlicher Gesellschaften. Es sind vor allem sieben Fehlentwicklungen, die durch die Pandemie und ihre Folgen offenkundig geworden sind und werden:

Offenlegung I: Das Ignorieren von Naturgrenzen hat einen hohen Preis

Die Krise hat aufgedeckt, dass die systematische Nichteinhaltung von Naturgrenzen durch Menschen erhebliche Selbstgefährdungen und Risiken mit sich bringt. Ob es das nutzungs- und erschließungsgetriebene Vordringen in entlegenste und von Menschen weitgehend unberührte Naturgebiete ist, welches uns mit gefährlichen Virenstämmen in Kontakt bringt, oder die renditegetriebene Massenhaltung von Nutztieren auf engstem Raum, die nicht nur die schnelle Übertragung von Viren befördern kann, sondern auch nitratbelastetes Grundwasser, gewaltige Stickstoffeinträge in Ökosysteme oder multiresistente Keime zur Folge hat, die aus rücksichtslosem Antibiotikaeinsatz resultieren, stets haben wir es mit einer Überbewertung von ökonomischem Nutzen und einer Unterbewertung von Gesundheitsgefahren und Umweltrisiken zu tun.¹ Die Respektlosigkeit gegenüber der Natur und ihren Grenzen hat einen hohen Preis, nicht nur im Zusammenhang mit der Ausbreitung von gefährlichen Viren, sondern ganz grundsätzlich im Sinne unserer (Über)Lebensfähigkeit. Die Gesundheit der Menschheit und die Gesundheit des Planeten sind aufs Engste miteinander verwoben.

Offenlegung II: Reflektierte Vorsorgepolitik ist erfolgreicher als Populismus und Problemlögnung

Die Krise hat aufgedeckt, wie unverantwortlich das populistische oder opportunistische Verleugnen von Problemen ist, die auf der Basis solider Wissenschaft als „gefährlich“ und „dringend einzudämmen“ gekennzeichnet werden. Dies ist auch aus dem Umgang mit den Ergebnissen der Klimaforschung bekannt. Diejenigen Staaten, denen eine Verlangsamung der Virusausbreitung durch wissenschaftsbasierte und reflektierte Vorsorge gelang („Flatten the curve!“), haben es zumeist geschafft, das medizinische Angebot (an Krankenhäusern, Personal, Geräten und Testkapazitäten) oberhalb der Bedarfe von tatsächlich oder potenziell Infizierten zu halten und die Zahl der Verstorbenen zu begrenzen. Demgegenüber haben Staaten, deren politisch Verantwortliche das Problem zunächst heruntergespielt und die wissenschaftlichen Empfehlungen nicht ernstgenommen haben, hohe Zahlen an Verstorbenen zu beklagen.

Reflektierte Vorsorgeorientierung auf der Grundlage von Wissen und realistischer Einschätzung von eigenen Kapazitätsgrenzen ist politisch erfolgreicher als faktenverleugnendes Wunschenken. Glaubt man der Demoskopie, so werden hierzulande politischer Mut und Entscheidungsschärfe in Sachen COVID-19-Bekämpfung vom Wahlvolk jedenfalls eher belohnt als Lavieren und mangelnder Handlungswille.

Offenlegung III: Auf die Spitze getriebene globale Arbeitsteilung und Transportabhängigkeit machen verletzlich

Die Krise hat aufgedeckt, dass die kostensenkungsgetriebene Beschleunigung (kaum noch Lagerhaltung, alles „just in time“) und Vertiefung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung (reine Orientierung an Kosteneffizienz, vollflexibilisierte Standort- und Zuliefererwahl) die Robustheit unserer Ökonomien nicht gestärkt, sondern geschwächt hat. Es ist offenkundig geworden, wie sehr die langen und komplex verwobenen globalen Lieferketten davon abhängen,

dass jedes ihrer Glieder schnell, reibungslos und störungsfrei funktioniert. Ist das – wie in der COVID-19-Krise geschehen – nicht der Fall, kann es selbst bei einfachsten Produkten zu tatsächlichen oder gefühlten Engpässen kommen, die massive Probleme erzeugen (z. B. fehlende Atemschutzmasken oder Medikamente) oder irrationales Verbraucherverhalten auslösen (Hamsterkäufe).

Müssen lebensnotwendige Güter von weither über lange Transportketten herangeschafft werden bzw. ist ihre Produktion vor Ort aus Kostengründen aufgegeben worden, so ist die mangelnde Verfügbarkeit dieser Güter im Krisenfall der Preis der ökonomischen Globalisierung. Hohe Störanfälligkeit, mangelhafte Resilienz und Kostenexternalisierung (z. B. Abwälzung von Umweltschäden wie Lärm und Luftverschmutzung auf die Gesellschaft) sind zentrale Charakteristika überglobalisierter Ökonomien. Kurz: Resilienz und (ein abstrakt-ökonomisches Verständnis von) Effizienz stehen heute in einem erheblichen Spannungsverhältnis zueinander.²

Offenlegung IV: Öffentliche Daseinsvorsorge ist mehr als ökonomische Effizienz

Die Krise hat aufgedeckt, wie wichtig eine gute öffentliche Daseinsvorsorge für das Funktionieren jedes Gemeinwesens ist. Systemrelevant sind vor allem diejenigen, die für die Bereitstellung der elementarsten Dinge des Lebens arbeiten, für Trinkwasser, Nahrungsmittel, Gesundheit, Betreuung und Pflege, Energie, Transport, Kreislaufwirtschaft, Entsorgung oder Kommunikation. Diese zentralen Sektoren der Gesellschaft einem verengten betriebswirtschaftlichen Kalkül zu unterwerfen und sie unter permanenten Rationalisierungs- und Wettbewerbsdruck zu setzen, betrachten mittlerweile viele Bürgerinnen und Bürger als schweren Fehler – zu Recht. Da, wo Infrastrukturen systematisch entstaatlicht, privatisiert und dereguliert wurden, hat sich ihre Leistungsfähigkeit für die Gesellschaft insgesamt reduziert, vor allem für einkommensschwache Gruppen, die auf den Zugang zu öffentlichen Leistungen angewiesen sind. Diese Schwächung schlägt vor allem in Krisen wie der aktuellen voll durch.

Offenlegung V: Sorgearbeit und Empathie gehören zum Gesellschaftsfundament

Die Krise hat aufgedeckt, wie essentiell die kleinen Lebenskreise der Gesellschaft, die Familien, Partnerschaften, Freundeskreise, Nachbarschaften und Gemeinschaften für das sind, was gemeinhin als Sorgearbeit oder „Care-Arbeit“ bezeichnet wird, von der Kinderbetreuung und -erziehung bis zur Altenpflege, von der Einkaufsplannung bis zur Nahrungsmittelzubereitung, vom Warten und Reparieren nutzbringender Dinge bis zur Gartenarbeit. Die Bedeutung dieser überwiegend nicht-ökonomisierten Tätigkeiten ist in der Krise auch deshalb besonders sichtbar geworden, weil geldvermittelte Transaktionen und Konsummöglichkeiten generell durch die Vorsorgemaßnahmen zur Viruseindämmung lange Zeit stark eingeschränkt waren.

Offensichtlich wurde in der Krise aber zugleich, dass der Löwenanteil der nicht oder schlecht entlohnenden Sorgearbeit nach wie vor auf weiblichen Schultern liegt, während die Erwerbstätigkeit noch immer eine Männerdomäne ist, vor allem die gut entlohnte. Schlimmer noch: Überwunden geglaubte Rollenfestlegungen für Frauen erfahren im Zeitraffertempo eine fragwürdige Renaissance. Es gibt starke Anzeichen dafür, dass diese Erfahrungen zu intensiven Diskussionen über Fragen der Geschlechtergerechtigkeit, der Aufteilung und Ausbalancierung von Erwerbs- und Sorgearbeit, der Sinnstiftung durch Arbeit (befriedigende statt „entfremdete Arbeit“), der Arbeitszeitverkürzung und des bedingungslosen Grundeinkommens führen wird. Die Neuvermessung und Neuorganisation der verschiedenen Arbeitswelten steht jetzt an. In diesem Prozess wird die Digitalisierung eine wichtige Rolle spielen, vom Home-Office bis zum Video-Conferen-

cing. Aber sie wirft auch selbst neue Fragen auf, die der politischen Regulierung und Gestaltung bedürfen, vom gewaltigen Energie- und Ressourcenverbrauch des Internets bis zur erwarteten „Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit“ von abhängig Beschäftigten durch manche Arbeitgeber, von Verletzungen des Datenschutzes bis zur großen Macht der Digitalmonopole.

Offenlegung VI: Suffizienzerfahrungen als mögliche Quelle für Gesellschaftswandel

Die Krise hat aufgedeckt, dass Einschränkungen von vielen dann akzeptiert werden, wenn sie nachvollziehbar sind, gut kommuniziert werden und es bei der Lastenteilung gerecht und ohne Privilegien für einzelne Interessengruppen zugeht. Natürlich gab es nirgends Freude über die Restriktionen im Gefolge der COVID-19-Krise, aber die gemeinsam gemachte Erfahrung von Entschleunigung und Entkommerzialisierung hat bei durchaus nicht wenigen Menschen die Frage aufgeworfen, ob das Leben im Hamsterrad der Konsumgesellschaft wirklich alternativlos ist. Die Tatsache etwa, dass an Straßen durchgeatmet werden konnte oder am Himmel Ruhe herrschte, war für viele Menschen eine erfreuliche Ersterfahrung.

Es ist nicht ausgemacht, ob die erzwungene Suffizienz – weniger Erwerbstätigkeit, weniger Shopping, weniger Mobilität, weniger Urlaubsreisen – bei der Mehrheit der Bevölkerung zu Maßhalten aus Einsicht und einer stärkeren Wertschätzung für das Naheliegende führt oder als Gegenreaktion eher Konsumismus und Hypermobilität befeuert werden. Es gibt aber durchaus Anzeichen dafür, dass die während der Krise gemachten Erfahrungen von Konzentration aufs Wesentliche, Selbstsorge, Empathie, Hilfsbereitschaft, Naturwahrnehmung und Resonanz auch in Zukunft Früchte tragen können, wenn politische Rahmenbedingungen richtig gesetzt werden und es nicht wieder zur Rückkehr in eine allumfassende Ökonomisierung des gesellschaftlichen Lebens kommt.

Offenlegung VII: Wir leben in einer Welt, handeln aber nicht nach dieser Einsicht

Die Krise hat aufgedeckt, dass wir als Menschheit mindestens im Hinblick auf globale Großgefahren längst in der „Einen Welt“, der „One World“ leben, von der die internationale Solidaritätsbewegung seit langem als Leitbild spricht. Von Viren infiziert werden kann potenziell jede und jeder, ob in China oder den Vereinigten Staaten, in Brasilien oder Europa. Zugleich ist aber offenkundig geworden, dass nicht nur die realen Betroffenheiten durch das Virus stark differieren, etwa in Bezug auf Sozialstruktur, Altersstruktur oder Bevölkerungsdichte, sondern auch die politischen Antworten.

Es sticht ins Auge, dass bei der Viruseindämmung nicht globale oder supranationale Institutionen wie die Weltgesundheitsorganisation oder die Europäische Union die Federführung innehatten, sondern die Nationalstaaten und subnationalen Einheiten mit ihren vorhandenen und historisch gewachsenen Handlungskapazitäten. Das war aus Gründen der schnellen Implementierungsfähigkeit notwendiger Maßnahmen zunächst nachvollziehbar und effektiv, hatte aber Nebenwirkungen, die uns möglicherweise noch länger beschäftigen. Dazu gehören vor allem Grenzsicherungen, nationale Beschaffungs-egoismen bei notwendigen medizinischen Gütern sowie Solidaritätsverweigerungen gegenüber Staaten mit hoher Betroffenheit und geringer Handlungskapazität. Jedenfalls kann nüchtern festgehalten werden, dass die Globalität des Problems nur unwesentlich zu einer reflektierten Internationalität im Handeln der Staaten beigetragen hat. Die Idee der sogenannten „Global Governance“ hat durch die COVID-19-Krise jedenfalls keinen Auftrieb erfahren, eher im Gegenteil. Was aber folgt daraus, wenn doch gleichzeitig offenkundig geworden ist, dass Pandemien (ebenso wie Klimawandel oder der Biodiversitätsschwund) globale Probleme sind und globale Antworten erfordern?

COVID-19 und die ökologische Krise: Gibt es gemeinsame Wurzeln?

Die beschriebenen Tendenzen werden durch die COVID-19-Krise in besonderer Weise freigelegt und wie unter dem Vergrößerungsglas sichtbar. Aber sie sind alles andere als neu, sondern schon vielfach beschrieben und kontrovers diskutiert worden. Besonders im Kontext der Ökologiedebatte sind die meisten dieser Tendenzen seit fünfzig Jahren bekannt. 1972 wurde im Bericht an den Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“ in schonungsloser Klarheit gezeigt, dass Naturzerstörung, Umweltbelastung, Ressourcenübernutzung und Bevölkerungswachstum zu einem umfassenden Kollaps der Weltgesellschaft führen können, wenn nicht gegengesteuert wird. Dabei hatte der Bericht einen Doppelcharakter: Er war Untergangsszenario und Mutmacher gleichermaßen, weil er wissenschaftsbasiert und akribisch die verheerenden Folgen des „Weiter wie bisher“ darlegte und zugleich Wege aus der Gefahr beschrieb: von einer anderen Energie-, Rohstoff-, Umwelt- und Naturschutzpolitik über angepasste Landnutzungsformen bis zur Stabilisierung des Weltbevölkerung.

Fast alle politisch Verantwortlichen in den westlichen Industriestaaten, dem damals noch existierenden „Ostblock“ und den sogenannten Schwellen- und Entwicklungsländern der Südhemisphäre haben die wissenschaftsbasierten Szenarien über die Folgen grenzenlosen Wachstums jedoch als pessimistisch und fortschrittsfeindlich zurückgewiesen und sind im Ergebnis über die wissenschaftlichen Empfehlungen hinweggegangen. 1992 wurde auf der Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro vereinbart, Biodiversitätsschutz, Atmosphärensicherheit sowie nachhaltige Entwicklung in Nord- und Südhemisphäre gerechtigkeitsorientiert voranzutreiben, weil der Menschheit ansonsten eine düstere Zukunft drohe. Zwar war der „Geist von Rio“ nicht widerspruchsfrei, vor allem die Verherrlichung des Wirtschaftswachstums als allfälliger Problemlöser blieb unhinterfragt, aber die Tendenz war doch eindeutig: Es bedarf eines tiefgreifenden Strukturwandels, um den menschlichen Nutzungsdruck auf die Naturgüter deutlich abzusenken und zukünftigen Generationen einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen. In diesem Prozess, so der Tenor, habe die industrialisierte Welt eine Vorreiterrolle einzunehmen, da sie aufgrund ihres hohen Ressourcenverbrauchs die Hauptverursacherin der ökologischen Krise sei.

Da die frühen 90er Jahre nach dem Ende der Systemkonkurrenz aber zugleich den endgültigen Durchbruch neoliberalen Denkens und Handelns mit sich brachten, geriet die Rio-Agenda trotz anhaltender Nachhaltigkeitsrhetorik alsbald an den Rand. Die Themen Handelsliberalisierung, Deregulierung, Wettbewerbsförderung und „schlanker Staat“ bestimmten fortan die Tagesordnungen vieler Staaten.

2015 wurden von der Staatengemeinschaft zwei Dokumente verabschiedet, die Klimaschutz und Nachhaltigkeit endgültig zu Selbstverständlichkeiten machen sollten, die „Sustainable Development Goals“ (SDG) der Vereinten Nationen und der Pariser Klimavertrag. Auch hier finden sich wieder Zweideutigkeiten, permanentes Wirtschaftswachstum blieb einmal mehr das große Tabu. Aber dennoch bieten beide Abkommen im Grundsatz eine gute Basis, um das sozial-ökologisch Notwendige anzugehen, fundamentale Veränderungen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft, in sozialer Praxis und individuellen Lebensstilen, Produktion und Konsumtion, Technologien und Infrastrukturen, Gesetzen und Institutionen.

All diese Studien, Konferenzen, Deklarationen und Verträge haben bislang jedoch nicht bewirkt, dass es zu einer Trendumkehr im gestörten Verhältnis von Mensch und Natur gekommen ist. Von partiellen Erfolgen abgesehen, etwa beim Schutz der atmosphärischen Ozonschicht, gilt leider das Gegenteil: Der Ausstoß an mensche-

machten Treibhausgasen nahm ebenso ungebrochen zu wie die Zerstörung natürlicher Lebensräume und der biologischen Vielfalt, der Verbrauch an nicht-erneuerbaren Ressourcen ebenso wie die Degradierung von Böden und die Ausbreitung von Wüsten, die Belastung der Ozeane ebenso wie die Berge von Müll.

Schuld und Scheitern: Von menschlicher Unzulänglichkeit und systemischen Fehlern

Die Erklärungsangebote dafür, warum aus den vielfältigen Willensbekundungen für eine nachhaltige und bessere Welt bislang so wenig geworden ist, sind mannigfaltig. Zu nennen wäre hier etwa die Großtheorie des „Anthropozäns“, die die Menschheit seit dem Beginn des Industriezeitalters vor zwei Jahrhunderten in der Rolle der zentralen Gestalterin von geologischen, atmosphärischen und biologischen Prozessen sieht.³ Diese Gestaltungsprozesse hätten für die Natursysteme einstweilen überwiegend zerstörerische Folgen, weil „der Mensch“ noch nicht gelernt habe, seinen Stoffwechsel mit der Natur so vernunftgemäß zu gestalten, dass dabei etwas dauerhaft Tragfähiges herauskomme. In Zukunft gehe es darum, dieses Bewusstseinsdefizit zu überwinden und die uns zu gewachsene Gestalter-Rolle aktiv und im Sinne der Nachhaltigkeit zu nutzen.

Andere halten das „Anthropozän“-Konzept nicht für falsch, aber seinen Erklärungsgehalt für unzulänglich. Sie sprechen lieber vom „Kapitalozän“ oder dem Erdzeitalter des Geldes.⁴ Nicht der Mensch „an sich“ sei für die Ausbeutung und Zerstörung der Natur verantwortlich, sondern eine bestimmte Gesellschaftsform, nämlich der Kapitalismus mit seinen Wesensmerkmalen Akkumulations- und Wachstumszwang, Eigentumsfetisch, Mehrwertaneignung, Ausbeutung von Mensch und Natur sowie Entfremdung der Menschen von sich selbst, der Gesellschaft, dem Produktionsprozess und der Natur. Erst mit der Überwindung oder zumindest Einhegung des Kapitalismus könne die vernunftgemäße Gestaltung des Stoffwechsels zwischen Gesellschaft und Natur beginnen, also auch die nachhaltige Entwicklung. Eher ökologisch orientierte Anhänger marktwirtschaftlicher Systeme sehen wiederum anhaltende Umweltschäden vor allem als Ergebnis eines Preissystems, das nicht die „ökologische Wahrheit“ sagt und Knappheiten nicht richtig spiegelt.⁵ Ihnen geht es um die Internalisierung externer Effekte, also etwa von Klima-, Umwelt- oder Gesundheitsschäden, in die Preisbildung auf den Märkten. Ökonomischer Effizienz-, Wachstums- und Wettbewerbsorientierung stehen diese Protagonisten einer „grünen Marktwirtschaft“ nicht ablehnend gegenüber, allerdings soll die hohe Innovationsdynamik des Marktsystems über preisbasierte (z. B. CO₂-Steuern) oder mengenbasierte Instrumente (z. B. handelbare Emissionsrechte für CO₂) in eine nachhaltige (z. B. kohlenstoffneutrale) Zukunft gelenkt werden. Politische Hauptaufgabe ist für diese Denkrichtung die Schaffung von marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Anreize für ökologisches Produzieren und Konsumieren geben.

Das Ende des Ökonomismus

In pluralistischen Gesellschaften wie der unseren wird darüber zu streiten sein, ob die ökologisch-soziale Krise eher „den Menschen“ und ihrem mangelhaften Bewusstsein, „dem Kapitalismus“ mit seinen systemischen Eigenschaften oder falschen Anreizstrukturen in der Marktwirtschaft anzulasten ist. Das gilt erst recht, weil auch weitere Deutungsmuster in der Diskussion sind, etwa der Verweis auf ungerechte Weltwirtschaftsbeziehungen, post-koloniale Spätfolgen, geopolitische Machtkämpfe oder die anhaltende militärische Hochrüstung, die verhindert, dass es zu einer „Friedensdividende“ kommt, die zur Finanzierung weltweit nachhaltiger Entwicklung dienen könnte. Eines aber deutet sich schon jetzt an: Das politische Grundempfinden wird in vielen Ländern vor dem Hintergrund der

Erfahrungen aus der COVID-19-Krise und der sich verschärfenden Klimakrise ein anderes sein als bisher. Dass die Ökonomisierung immer weiterer Sphären der Gesellschaft, vom Gesundheitswesen über das Bildungswesen bis hin zu den Infrastrukturen für Wasser, Energie, Verkehr, Wertstoffe und Kommunikation, in Zukunft auf mehr Widerstand stoßen wird, darf realistischerweise angenommen werden.

Die Sicht, scharfer Wettbewerb, allgegenwärtige Kosten(senkungs)orientierung, beschleunigte und vertiefte Arbeitsteilung im Weltmaßstab sowie systematische Entstaatlichung und größtmögliche Regulierung seien die wirtschaftspolitischen Schlüssel zur Wohlstandsmehrung, wird weiter unter Druck geraten, wesentlich stärker als nach der Finanzkrise. Es mag verfrüht sein, von der „Corona-Dämmerung des Neoliberalismus“ zu sprechen, oder die COVID-19-Krise als „letzten Sargnagel“ für den finanzmarktgetriebenen Kapitalismus zu bezeichnen. Aber der Kapitalismus, wie wir ihn kennen, wird durch etwas Neues abgelöst werden, dessen Gestalt wir uns noch nicht recht vorstellen können. Gerade das ist ja das Wesen des Neuen. All diejenigen, die für Nachhaltigkeit und Ökologie, Gerechtigkeit im Weltmaßstab und eine stabile Friedensordnung streiten, müssen nun mit guten Argumenten, guten Gestaltungskonzepten und guten Durchsetzungsstrategien in die öffentliche Debatte gehen. Dabei sollten sie sich von der Einsicht leiten lassen, dass

- COVID-19-Krise hier und Klima-, Biodiversitäts- und Nachhaltigkeitskrise dort zwar Unterschiede aufweisen, etwa bezüglich der Zeithorizonte und der Vehemenz der unmittelbaren Folgen, die Wurzeln der beiden Krisen aber stark verwoben sind und von Naturvergessenheit über Faktenverleugnung bis zu übergriffigem Ökonomismus reichen;
- Krisen immer auch Chancen bieten, ausgetretene Pfade zu verlassen, was für die Politik und uns alle jetzt vor allem bedeutet, nicht in eine Haltung zu verfallen, die nur das schnelle „Zurück-in-die-alte-Normalität“ kennt und Neuorientierungspotentiale ungenutzt lässt,
- im Prozess der sozial-ökologischen Transformation alle gebraucht werden, eine handlungsstarke Politik, ein leistungsfähiger Staat, eine transformationswillige und pluralistische Wirtschaft und vor allem eine vitale Zivilgesellschaft,
- es im Prozess der Neuausrichtung unserer Wirtschaft nicht nur um technische Effizienzstrategien geht, sondern auch um suffiziente Lebensstile, nicht nur um De-Karbonisierung und De-Materialisierung, sondern auch und besonders um Re-Naturierung und Re-Kultivierung.⁶

Nachfolgend sollen thesenförmig sieben Empfehlungen mit jeweils konkreten Vorschlägen für die Gestaltung einer Politik der Zukunftsfähigkeit gegeben werden. Die Thesen beziehen sich dabei vor allem auf die ökonomische Dimension des Transformationsprozesses, nicht, weil von einem „Primat der Ökonomie“ ausgegangen wird, sondern weil die Umgestaltungsbedarfe in diesem Teil der Gesellschaft am größten sind. Die Umsetzung der Vorschläge ist überwiegend sofort möglich, teilweise aber erst in Schritten, die durch einen gesellschaftlichen Begleitprozess bewertet und bei Bedarf modifiziert werden müssen. Vor allem muss jetzt richtungssicher, schnell und konsequent gehandelt werden, um das offene Fenster der Möglichkeiten für eine gelingende sozial-ökologische Transformation zu nutzen. Der „Kairos“ ist da, der günstige Moment für die notwendigen Entscheidungen. Ihn jetzt verstreichen zu lassen, wäre verantwortungslos.

These I: Die Ökonomie muss wieder in Natur und Gesellschaft eingebettet werden. So wie der Mensch keine bloße Humanressource ist, so ist die Natur keine bloße Naturressource!

Der Modus, in dem wir künftig über das Wirtschaften und plurale Wirtschaftsstile reden, muss sich ändern. Die Reduzierung der Menschen und der Natur auf die Rolle von Humankapital und Naturkapital, wie sie im neoliberalen Weltbild dominiert, wird fundamental in Frage zu stellen sein. Gleiches gilt für die dogmatische Idealisierung von Eigennutz, Effizienz und Wettbewerb als vermeintlich höchsten Formen menschlicher und gesellschaftlicher Rationalität.⁷ Und unzeitgemäß ist auch die im Hauptstrom der Wirtschaftswissenschaften kultivierte Annahme, eine immer weitere Vertiefung und Beschleunigung der weltweiten Arbeitsteilung mit immer längeren und komplexeren Lieferketten sei gut für alle.

In Zentrum einer neuen Ökonomie werden Nachhaltigkeit und Gemeinwohl stehen. In ihr werden Naturgrenzen respektiert und Produktions- und Konsumtionsprozesse soweit wie möglich in natürliche Kreisläufe eingebettet. Und in ihr wird durch demokratische Gesellschaftsgestaltung permanent eine Balance zwischen Eigennutz und Gemeinwohl, Wettbewerb und Kooperation, Freiheit und Verantwortung, Innovation und Sicherheit gesucht.

Man hört schon den Einwand, eine solche Welt sei Wunschdenken und werde an den Realitäten zerschellen. Schließlich habe bereits der Realsozialismus gezeigt, dass es Alternativen zur Marktwirtschaft vorherrschender Provenienz in Wahrheit nicht gebe. Und wer wollte bezweifeln, dass eine sozial-ökologische Transformation Mühe macht und mit Konflikten verbunden ist. Aber die wahre Illusion ist der Glaube, die Fortsetzung der ökologischen Raubbauwirtschaft und die Zunahme sozialer Ungleichheit könnten für unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell folgenlos bleiben. Realistisch zu sein, heißt heute zu grundsätzlichem Wandel bereit zu sein. Die Ideologie des „Weiter wie bisher“ ist nicht nur phantasielos. Sie ist in Wahrheit gefährliche Realitätsverweigerung und würde letzten Endes nicht nur in Unfreiheit enden, sondern auch im sukzessiven Zerstören der Volkswirtschaften.

Orientiert Politik sich am Ziel einer Wiedereinbettung der Ökonomie in Natur und Gesellschaft, dann bedeutet das eine Fülle von konkreten Maßnahmen. Sie schließen eine Neuausrichtung ökonomischer Bildung in Schulen, Hochschulen, Betrieben und Einrichtungen der Erwachsenenbildung ebenso ein wie neue Schwerpunktsetzungen in der Grundlagen- und Anwendungsforschung, klimaverträglicher Transformationsstrategien für Energieversorgung, Industrie, Verkehr und Gebäude ebenso wie naturschonende Formen von Land- und Forstwirtschaft, das Beschreiten ressourcenschonender Digitalisierungspfade ebenso wie eine nachhaltigkeitsorientierte Regulierung des Finanzsektors. Alle Politikfelder brauchen einen Nachhaltigkeitscheck. Was nicht zukunftsfähig ist, sollte auch nicht mehr stattfinden oder mindestens durch Politik oder öffentliche Gelder nicht mehr gefördert werden. Zwei konkrete Maßnahmen würden die Glaubwürdigkeit einer sozial-ökologischen Grundorientierung des Wirtschaftens in besonderer Weise manifestieren, die Verankerung von Nachhaltigkeit als Grundrecht in der Verfassung und die Weiterentwicklung des „Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes“ von 1967, oft als Grundgesetz der Wirtschaftspolitik bezeichnet, zu einem „Stabilitäts- und Nachhaltigkeitsgesetz“, dessen Ziele Resilienz, Naturverträglichkeit, fair geteilte Arbeit für alle bei größtmöglicher Verteilungsgerechtigkeit, verantwortungsorientierte Mitbestimmung, Preisstabilität, und außenwirtschaftliches Gleichgewicht sein müssten. Das wäre ein angemessenes Zielsechseck für eine zeitgemäße Wirtschaftspolitik.

These II: Die Ökonomie muss de-globalisiert, re-regionalisiert und entschleunigt werden. Die internationale Arbeitsteilung ist auf ein vernünftiges Maß zurückführen und die solare Kreislaufwirtschaft in den Regionen zu fördern!

Die Rückführung und Entschleunigung der effizienzgetriebenen, kostenorientierten und extrem transportintensiven Globalisierung ist eine politische Gestaltungsaufgabe erster Ordnung. Dabei rücken drei Handlungsfelder besonders ins Visier, die Transport- und Verkehrspolitik, die Energiepolitik und die Agrar- bzw. Ernährungspolitik. In allen drei Feldern sind jetzt schnelle Entscheidungen nötig und möglich:

- Dem globalen Flug- und Schiffsverkehr sind seine externen Kosten durch CO₂-Steuern vollumfänglich anzulasten, weil unrealistisch niedrige Transportpreise heute faktisch wie Förderprogramme für eine überzogene Globalisierung und Hypertourismus wirken. Gleichzeitig ist die expansive Infrastrukturpolitik, die auf den permanenten Ausbau von Häfen und Flughäfen, Autobahnen und Flüssen setzt, zu beenden. Diese beiden Maßnahmen, realistische Transportpreise und nachhaltige Infrastrukturpolitik, sind zugleich starke Anreize für eine Regionalisierung von Produktionsprozessen, für ein schrittweises Zurückholen von ausgelagerten Wertschöpfungsaktivitäten („Reshoring“).
- Ein Land wie Deutschland deckt heute trotz des schrittweisen Aufwuchses erneuerbarer Energien rund 70 Prozent seines gesamten Energieaufkommens durch Importe von Erdöl, Erdgas und Kohle. Diese fossilen Energieträger sind nicht nur besonders klimaschädlich, sondern kommen zu guten Teilen auch aus instabilen Weltregionen. So viel Abhängigkeit macht vulnerabel. Der Abbau dieser Verletzbarkeit ist vor allem durch Energieeinsparung und den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien zu erreichen. Dies ist nicht nur klimapolitisch zwingend und technisch möglich, sondern auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Faktisch bedeutet die Doppelstrategie aus Einsparung und Erneuerbaren ja nichts anderes als eine Substitution von Importen durch inländische Wertschöpfungsaktivitäten in Industrie, Handwerk und Landwirtschaft. Da, wo möglicherweise auch in Zukunft Energieimporte notwendig bleiben, etwa bei synthetischen Gasen und Kraftstoffen, sind „saubere“ Lieferketten durch entsprechende Gesetze sicherzustellen. Das Ziel einer klimaverträglichen Energiepolitik muss in allen jetzt anstehenden Konjunkturpaketen eine Schlüsselstellung einnehmen.
- Das globale Agrarsystem ist ein zunehmend perverses System. Deutschland etwa trägt durch erhebliche Futtermittelimporte dazu bei, dass es in tropischen Regionen Südamerikas zu Regenwaldzerstörung, Bodendegradierung und gewaltsamen Konflikten zwischen Großagariern und lokalen Bevölkerungen kommt. Zugleich führt die Massentierhaltung im Inland zu Grundwasserbelastung, Stickstoffüberschüssen, Biotopzerstörung und Artenschwund sowie zur Gefahr von Virenausbreitung. Dass das dichtbesiedelte und vergleichsweise kleine Deutschland heute bei Produkten wie Schweinefleisch und Käse Exportweltmeister ist, kann nur aus einer verengten ökonomischen Perspektive als Erfolg gewertet werden. Um aus der heutigen „Externalisierungslandwirtschaft“ eine ökologisch und sozial eingebettete Landwirtschaft mit regionaler Wertschöpfung und Tierwohlorientierung zu machen, sind jetzt schnell konsequente politische Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehört eine grundsätzliche Neuausrichtung der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik an sozial-ökologischen Zielen noch in diesem Jahr, eine weitere Erhöhung von Natur- und Tierschutzanforderungen an die Landwirtschaft, eine

Besteuerung von landwirtschaftlichen Inputs wie mineralischem Stickstoffdünger und Pestiziden, Importrestriktionen für nicht-nachhaltig angebaute Futtermittel und vor allem eine gezielte Förderstrategie für regionale Landwirtschaft und regionale Vermarktung. Eine solche Landwirtschaft, die gesunde Nahrungsmittel produziert und dem Gemeinwohl dient, hat Anspruch auf gesellschaftliche und politische Unterstützung.

These III: Die Alternative zur ökonomischen Globalisierung heißt nicht Re-Nationalisierung, sondern weltoffene Glokalisierung. Stärkung der Kommunen, interkommunale Kooperation und zellular-vernetzte Ökonomien sind die neuen Leitbilder!

Strategien der De-Globalisierung und Re-Regionalisierung wird manchmal der Vorwurf gemacht, sie wollten zurück ins traute Bett der nationalstaatlichen Souveränität und seien letztlich eine Kapitulation vor den Komplexitäten moderner Ökonomien und Gesellschaften. Das ist Unfug. Die Alternative zur ökonomiegetriebenen Globalisierung ist ganz sicher nicht nationale Abschottungspolitik, sondern eine weltoffene Glokalisierung. Dieser Begriff, ein Kunstwort aus (politisch- kultureller) Globalisierung und (ökonomisch-technischer) Lokalisierung will sagen, dass es unzweifelhaft einer verstärkten internationalen Kooperation zur Verbesserung der Welt bedarf, zugleich aber die Lokalisierung (besser: Dezentralisierung) vieler Wirtschaftsprozesse einen Teil der Antwort auf die Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung ausmacht. Der alte Slogan der Ökologiebewegung „Global denken, lokal handeln“ hat an Aktualität nichts eingebüßt.

Die Stärkung von Städten und Regionen und die Stärkung interkommunaler und interregionaler Kooperation sind ein wichtiges politisches Gebot der Stunde. Im Rahmen der anlaufenden Konjunktur- und Erholungsprogramme sollte jetzt schnell ein großer Teil der Mittel in den Aufbau von nachhaltigen kommunalen Infrastrukturen fließen, in städtische Parks und Gebäudebegrünungen, urbane Gärten, Wasserspartechnologien, solare Energieversorgung, energetische Sanierung von Gebäuden und Quartieren, Ausbau von Radwegen, öffentlichem Personenverkehr, intelligenter City-Logistik, Elektromobilität und Car Sharing, digitale Zugänge für alle. Wechselseitiges Lernen zwischen den Städten und Regionen der Welt kann diesen Prozess besser machen und auch interkulturelles Verständnis fördern.

Auch wirtschaftspolitisch lässt sich das Konzept der Glokalisierung präzise buchstabieren. Während die globalisierte Ökonomie sich neben Effizienzgewinnen und Warenvietel heute durch hohe Verletzbarkeit, hohe Transportintensität und eine erhebliche Machtfülle für große Unternehmen und wenige Staaten auszeichnet, zeichnet sich eine glokalisierte Ökonomie durch zelluläre Strukturen aus, die aber zugleich über Knotenpunkte vernetzt sind. So wie Zellen eigenständige, selbsterhaltende und teiloffene (semi-permeable) Systeme sind, die einem Gesamtorganismus angehören, so können starke Regionalwirtschaften mit eher kleinen und mittleren Unternehmen erfolgreich am Welthandel beteiligt sein, allerdings einem hinsichtlich des physisch bewegten Gütervolumens deutlich reduzierten Welthandel. Ein globales Wirtschaftssystem ist umso stabiler und resilienter, je mehr lokale Ökonomien in ihm wirksam sind. Dabei geht es nicht um Autarkie und Abschottung, sondern um mehr Autonomie und ein vernünftiges Austarieren von Fremdversorgung und Eigenversorgung.

Wirtschaftspolitik kann zum Aufbau einer glokalisierten Ökonomie wichtige Beiträge leisten, von der Ordnungs- bis zur Außenwirtschaftspolitik, von der Steuerpolitik bis zur regionalen Wirtschaftsförderung. Das fängt bei einfachen Dingen wie dem vollständigen

Verbot von Wildtierhandel und der Zeitbegrenzung für Nutztiertransporte an, geht über die Ausrichtung von Wirtschaftsförderung am Ziel der Erhöhung innerregionaler Produktionsverflechtungen und eine vollkommene Einstellung von umweltschädlichen Energie- und Transportsubventionen, und reicht bis zu fairen und nachhaltigen Handelsverträgen und einem Lieferkettengesetz, das die Einhaltung von Menschenrechts- und Arbeitsstandards garantiert.

These IV: Öffentliche Infrastrukturen gehören unter öffentliche Kontrolle. Gemeinschaftsgüter sind gemeinsam zu gestalten!

Öffentliche Infrastrukturen für Gesundheit, Bildung, Wasser, Energie, Transport, Abwässer und Abfälle sowie Kommunikation sind so essenziell für die Gesellschaft, dass sie anders behandelt werden müssen als die Produktion von Automobilen oder das Betreiben von Kaufhäusern. Das war in der Vergangenheit nicht immer so. Vielmehr wurden viele Infrastrukturen einem verengten Verständnis von betriebswirtschaftlicher Effizienz unterworfen und einem zunehmenden Rationalisierungs- und Wettbewerbsdruck ausgesetzt. Das hat in vielen Bereichen zur Vernachlässigung gesellschaftlicher Interessen geführt, nicht zuletzt von ökologischen Interessen.⁸

Sicher muss auch die Bereitstellung von öffentlichen Gütern durch Infrastrukturunternehmen effektiv organisiert werden und Kosten im Blick behalten, aber es darf eben nicht zu einer Verengung auf Aspekte der einzelbetrieblichen Rendite kommen. Im Mittelpunkt muss bei der Bewertung der Leistungsfähigkeit von bereitgestellten Infrastrukturen ihre „gesellschaftliche Rendite“ stehen, ihr Nutzen für die Breite der Bevölkerung, auch und besonders für diejenigen, die auf den Zugang zu öffentlichen Gütern angewiesen sind.

Im Regelfall gehören öffentliche Infrastrukturen in die öffentliche Hand, vor allem in die Hand der Kommunen. Kooperative Betreibermodelle, etwa von Genossenschaften oder zwischen Staat und Privaten, können diese Struktur ergänzen. Richtet sich Politik an diesen Grundüberzeugungen aus, ergeben sich die jetzt anstehenden Schritte in der sozial-ökologischen Transformation fast wie von selbst.

- In der Verkehrspolitik der Städte und Regionen geht es jetzt vor allem darum, schnell den öffentlichen Raum für aktive Verkehre (Gehen und Radfahren) auszuweiten, den öffentlichen Personennahverkehr so attraktiv auszubauen, dass mehr Menschen umsteigen und zugleich Abstandsbedürfnisse erfüllt werden können, öffentliche Infrastruktur für Elektromobilität (Ladestationen) und Car Sharing zu schaffen und dem motorisierten Individualverkehr öffentlichen Straßen- und Parkraum zu nehmen. Schwere SUVs sind, solange es diese Dinosaurier überhaupt noch gibt, soweit wie möglich aus dem öffentlichen Parkraum zu verbannen, etwa durch Parkverbote und sehr hohe Parkgebühren.
- In der öffentlichen Wohnungspolitik können die Städte und Regionen jetzt schnell besondere sozial-ökologische Akzente setzen, indem sie ihre kommunalen Wohnungsgesellschaften verstärkt zur energetischen Gebäudesanierung und zum Einsatz erneuerbarer Energien bewegen und sozial integrative Quartiersentwicklung zur Stärkung öffentlicher Räume vorantreiben. Auch sollte die Unterstützung genossenschaftlicher Wohnmodelle zu einem wichtigen Baustein öffentlicher Wohnungsbauförderung werden.
- In der Digitalpolitik lassen sich gerade für ländlichen Räume öffentliche Leistungen verbessern, indem leistungsfähige Zugänge zum Internet geschaffen werden. So steigen auch die regionale Wirtschaftskraft ländlicher Regionen, ihre Attraktivität als Lebens- und Arbeitsorte (Home Office) und ihre Vernetzungskraft in der glokalisierten Wirtschaft.

Es sollte auf der Hand liegen, dass die kommunalen Themen Verkehr, Wohnen, Energie und Digitalisierung bei der Ausschüttung öffentlicher Mittel in den anstehenden Konjunktur- und Strukturprogrammen eine hohe Bedeutung erhalten.

These V: Erwerbsarbeit und Sorgearbeit müssen neu austariert und fair geteilt werden. Suffizienz, Arbeitszeitverkürzung und Grundeinkommenselemente sind wichtige Bausteine der neuen Ökonomie!

Als wichtige Quelle für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung und eine neue Ökonomie können sich die unmittelbaren Krisenerfahrungen erweisen, die Menschen weltweit in der COVID-19-Pandemie gemacht haben oder noch machen, negative wie positive. Dazu gehört sicher die Erfahrung von Angst um die Lieben und das eigene Leben, um den Arbeitsplatz oder den eigenen Betrieb, denn Angst ist bekanntlich ein sehr starker Antrieb. Dazu gehören aber auch und vielleicht sogar vor allem das Erleben von Zusammengehörigkeit, Gemeinsinn und Zuwendung sowie die unfreiwillige Erfahrung von plötzlichem Zeitreichtum sowie Arbeits-, Konsum- und Reichweitenbeschränkungen. Ob und wie diese Erfahrung erzwungener Suffizienz in Zukunft zu insgesamt nachhaltigeren Lebensstilen beitragen kann, zur Suffizienz aus Einsicht gewissermaßen, ist aber nicht nur eine individuell zu entscheidende Geschmacksfrage, sondern auch eine eminent gesellschaftspolitische Gestaltungsaufgabe.

Es gehört zu den positiven Seiten der letzten Wochen und Monate, wie sehr die Wertschätzung für diejenigen gewachsen ist, die durch ihre Arbeit die Gesellschaft am Laufen halten, ob in Krankenhäusern, Pflegeheimen oder Supermärkten, im öffentlichen Nahverkehr, im Wasserwerk oder bei der Müllabfuhr. Wurde ihre Tätigkeit bis vor kurzem kaum wahrgenommen, so ist nun allorten von „Helden des Alltags“ die Rede. Vor allem die Rolle der überwiegend von Frauen geleisteten Sorgearbeit rückt nun in den Mittelpunkt. Wichtig ist aber nun, dass sich die warmen Worte bald auch in den Gehältern und Arbeitsbedingungen der „Heldinnen“ niederschlagen und im Gegenzug die Bezüge in den Managementetagen auf ein gesundes Maß schrumpfen.

Insgesamt lässt sich mit hoher Plausibilität sagen, dass beide Formen der Sorgearbeit, die bezahlte und die finanziell nicht oder nur teilweise entgeltete, in hohem Maße auch für Strategien der Nachhaltigkeit von Bedeutung sind. Vor allem nehmen sie kommerziellen Wachstumsdruck aus dem Wirtschaftssystem. Verkürzte Erwerbsarbeitszeiten und Grundeinkommenselemente können helfen, die Zeitsouveränität der Bevölkerung zu erhöhen und so die Voraussetzungen für eine gesunde Ausbalancierung von Erwerbszeiten und Eigenzeiten zu schaffen.⁹ Gut erkennbar ist in der Krise auch geworden: Sinnstiftende und befriedigende Arbeit kann Kräfte freisetzen, wenn es darauf ankommt. Zugleich wissen wir: Sinnentleerte „Bullshit Jobs“ machen krank.

Fragen von Arbeitszeiten, Arbeitsentlohnung, Arbeitsbedingungen und arbeitsbezogener Geschlechtergerechtigkeit sind gesellschaftliche Fragen, die bei uns zu einem guten Teil eher von Tarifparteien geregelt werden und nur zum Teil vom Staat. Aber Politik kann Rahmenbedingungen setzen und somit Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Art, wie wir arbeiten, zugleich zur nachhaltigen Entwicklung beiträgt. Die Neugestaltung der Arbeitswelt muss deshalb in Zukunft integraler Bestandteil jeder Nachhaltigkeitsstrategie sein. Ein bedingungsloses Grundeinkommen oder mindestens Elemente, die in diese Richtung weisen, müssen deshalb nun auf die politische Tagesordnung. Wenn die individuelle Angst vor sozialem Absturz eingeeht, steigt die Freiheit der Gesellschaft, sinkt der Erwerbs- und Wachstumszwang.

These VI: Ökonomie von den Zielen her denken. Nachhaltigkeit und Gemeinwohl müssen die Leitsterne der zukunftsfähigen Wirtschaft sein!

In großen Teilen der sozialen Bewegungen, die sich mit sozialer Ökologie, gerechter Globalisierung, Wachstumskritik oder Finanzmarktregulierung befassen, wird „die Wirtschaft“ oft als das „Andere“, ja Gesellschaftsfeindliche gesehen. Vor dem Hintergrund der realen Erfahrungen mit vielen Industriekonzernen und Wirtschaftsverbänden ist eine solche Haltung nachvollziehbar. Ebenso verständlich ist, dass das durchsichtige Beschwören von grünem Wachstum und grünem Kapitalismus von großem Argwohn begleitet wird. Aber ein undifferenziertes Wirtschafts-Bashing ist selbst unterkomplex. Als Gesellschaft können wir es uns nicht leisten. Zu zentral ist erfolgreiches Wirtschaften für unsere Versorgung mit dem Lebensnotwendigen und das Funktionieren des Gemeinwesens. Aber klar ist eben auch: Die Wirtschaft wird und muss sich ändern, sie muss ökologischer und sozialer werden – und sie muss Verantwortung für die Folgen ihres Handelns übernehmen. Je mehr Menschen sie als Teil einer Aufgabe begreifen, die mit Gesellschaftsgestaltung gut beschrieben ist und Gemeinsinn erfordert, desto besser ist es für alle, auch für die meisten Unternehmen selbst.

- Kurzfristig ist es nun sehr wichtig, dass die Mittel für Konjunktur- und Erholungsprogramme an klare sozial-ökologische Kriterien gebunden werden und keine öffentlichen Gelder in nicht-nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten oder gar die dauerhafte Konservierung nicht-nachhaltiger Strukturen fließen. Die sozial-ökologische Konditionierung von öffentlichen Mitteln ist keine illegitime Einmischung des Staates in Wirtschaftsangelegenheiten, sondern im Sinne eines zukunftsfähigen und demokratisch legitimierten Strukturwandels geboten. Ökologisch fragwürdige Staatsausgaben wie Kaufprämien für Autos oder neue Autobahnen als Konjunkturprogramme für die Bauindustrie müssen unterbleiben.
- Wenn die aktuelle Krise durchlaufen ist, muss schnellstmöglich mit einer realistischen Wohlfahrtsmessung begonnen werden. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist nicht geeignet, die Wohlfahrt der Gesellschaft realistisch abzubilden, weil es nur die ökonomische Dimension einschließt (und die nicht einmal realistisch), Themen wie Umweltqualität, Bildungsqualität, Verteilungsgerechtigkeit oder Teilhabe aber außen vor lässt. Alternative Indikatoren wie der Nationale Wohlfahrtsindex sollen an die Stelle des BIP treten und die Wirtschaftspolitik leiten.
- Notwendig ist auch ein erweitertes Bilanzierungssystem für Unternehmen. Neben die klassische Unternehmensbilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung muss eine Gemeinwohlbilanz treten, in der über den Erfolg oder Misserfolg hinsichtlich ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Fairness gegenüber Dritten und innerbetrieblicher Mitbestimmung Auskunft gegeben wird. Je schlechter die Gemeinwohlbilanz eines Unternehmens ist, umso größer sollten die fiskalischen Nachteile sein, die es in Kauf zu nehmen hat.
- Die Wirtschaftspolitik insgesamt darf sich nicht länger einseitig auf die Bedürfnisse von großen Kapitalgesellschaften richten, sondern muss vermehrt die Bedarfe von kleinen und mittelständischen Personen- und Kapitalgesellschaften, von Stiftungsunternehmen, Sozialunternehmen, Genossenschaften und öffentlichen Unternehmen zur Grundlage ihres Handelns machen. Eigentum muss neu gedacht und zu Verantwortungseigentum weiterentwickelt werden, wofür die Politik einen neuen und zuverlässigen Rechtsrahmen zu schaffen hat. Vorschläge hierzu liegen vor.¹⁰

- Wo immer möglich muss Wirtschaftspolitik auch sozial-ökologischen Innovationen und pluralistische Wirtschaftsstile fördern, etwa in den Bereichen Gemeinwohlökonomie, Postwachstumsökonomie, Allmende-Ökonomie („Commons“) und kooperatives Wirtschaften. Hier liegen Schätze, die sich als Keimzellen für eine resiliente und nachhaltige Ökonomie heben lassen.¹¹
- Zeitgemäße ökonomische Bildung versteht die Wirtschaftswissenschaft als Gesellschaftswissenschaft und sieht ihre Aufgabe vor allem darin, Gemeinwohlorientierung zu fördern, Erfahrungsräume zu schaffen und gemeinsam mit den Studierenden einladende Narrative nachhaltigen Wirtschaftens zu entwickeln.¹²
- Zentral für das Gelingen eines nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Wirtschaftens ist die Regulierung der Finanzmärkte und ihre Indienstnahme für das Ziel ökonomischer und gesellschaftlicher Resilienz. Das kann sich nicht darauf beschränken, dass die Finanzmärkte zu Alarminstitutionen für ökologisch risikobehaftete Anlagen und Investitionen werden. Die extreme Kurzfristorientierung und globale Renditesuche der Finanzmärkte selbst ist ein Problem, das es einzudämmen gilt. Dazu müssen Instrumente zur Eindämmung hochspekulativer Finanzgeschäfte wie eine Finanztransaktionssteuer rasch eingeführt werden.

These VII: Wandel braucht Vorsorge, Gerechtigkeit und Teilhabe. Das Verhältnis von Staat, Zivilgesellschaft und Märkten neu justieren!

Für das Gelingen der sozial-ökologischen Transformation ist nicht nur eine handlungswillige Politik und eine transformationsbereite Wirtschaft, sondern auch und gerade eine wache Zivilgesellschaft vonnöten. Politik muss sicherstellen, dass der Prozess des Wandels zur gesellschaftlichen Nachhaltigkeit vorsorgeorientiert und gerecht verlaufen kann, wobei diese Grundorientierung innergesellschaftlich, international und intergenerativ zu gelten hat. Sie muss die staatlichen Ziele gut begründen, kommunizieren und durchsetzen, auch gegen Widerstände. Ihr obliegt die Aufgabe, klare Regeln für die Wirtschaft zu setzen, gegen Machtballung und unmäßige Unternehmensgrößen, Steuerflucht und Kostenabwälzung auf die Gesellschaft. Ohne einen grundsätzlichen Primat der Politik über

wirtschaftliche Partikularinteressen und einen neuen Generationenvertrag geht das nicht. Gleichzeitig sind Freiheitsrechte, auch wirtschaftliche Freiheitsrechte aber ein hohes Gut, das politisch nur dann eingeschränkt werden darf, wenn dafür gute Gründe vorliegen. Es kann deshalb nicht darum gehen, Unternehmen ihren je spezifischen Eigensinn abzusprechen und sie nur als Objekte von Politik zu begreifen. Sie sind ebenfalls Akteure der sozial-ökologischen Transformation, Subjekte und soziale Systeme gleichermaßen. Zugleich brauchen Unternehmen selbst einen reflektierten Gemeinsinn, in dem nicht nur ihre eigenen Brancheninteressen Platz finden, sondern auch Gemeinwohlziele. In Zukunft gilt es auch wieder verstärkt nach Wegen jenseits von Staat und Markt Ausschau zu halten. Denn so sehr es den neoliberalen Zeitgeist einer allumfassenden Ökonomisierung zurückzudrängen gilt, so wenig angemessen wäre es, nun alles auf die Karte „starker Staat“ zu setzen und „Vater Staat“ hochleben zu lassen. Auch dieser hat, das lehrt die Geschichte, einen starken Hang zur Übergriffigkeit, wofür das aktuelle Niederreißen von Schranken beim Datenschutz oder Initiativen zur Ausstellung von Immunitätsausweisen beispielhaft stehen.

Weder blinder Marktglaube noch übertriebener Steuerungsoptimismus sollte zum Hauptwesenszug der sozial-ökologischen Transformation werden, sondern die Fähigkeit zur reflektierten, verantwortungsbewussten und gemeinsamen Gesellschaftsgestaltung. Die Rolle der Zivilgesellschaft und ihre Weiterentwicklung zur aktiven Teilhabe- und Verantwortungsgesellschaft kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wir stehen vor einer gesellschaftlichen Reifeprüfung und sollten alles daransetzen, sie zu bestehen.

Reinhard Loske ist Professor für Nachhaltigkeit an der Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung in Bernkastel-Kues und deren Präsident. Zugleich ist er Senior Associate Fellow der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin. Zuvor war er u. a. Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa der Freien Hansestadt Bremen, Mitglied des Deutschen Bundestages und Leiter der Forschungsgruppe „Zukunftsfähiges Deutschland“ am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Sein jüngstes Buch „Politik der Zukunftsfähigkeit. Konturen einer Nachhaltigkeitswende“ (S. Fischer 2016) ist von der Deutschen Umweltstiftung als „Umweltbuch des Jahres 2016“ ausgezeichnet worden.

Quellen

- 1 Worster, Donald (2020): Another Silent Spring. „The people had done it themselves“: <http://www.environmentandsociety.org/exhibitions/another-silent-spring/people-had-done-it-themselves>
- 2 Meadows, Dennis (2020): Limits to growth and the COVID-19 epidemic: <https://www.chelseagreen.com/2020/limits-to-growth-covid-epidemic>
- 3 Steffen, W., Crutzen, P.J., McNeill, J.T (2007): The Anthropocene: Are Humans Now Overwhelming the Great Forces of Nature?: https://www.pik-potsdam.de/news/public-events/archiv/alter-net/former-ss/2007/05-09.2007/steffen/literature/ambi-36-08-06_614_621.pdf
- 4 Altvater, E. (2018): Kapitalozän. Der Kapitalismus schreibt Erdgeschichte: <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/kapitalozaen>
- 5 Edenhofer, O., C.M. Schmidt (2018): Eckpunkte einer CO₂-Preisreform: http://www.rwi-essen.de/media/content/pages/publikationen/rwi-positionen/pos_072_eckpunkte_einer_co2-preisreform.pdf
- 6 Loske, R. (2020): Von der Corona-Krise zur nachhaltigen Wirtschaft. Was zukunftsorientierte Politik jetzt leisten muss: <https://agora42.de/corona-krise-und-nachhaltigkeit-reinhard-loske>
- 7 Ötsch, W. (2018): Mythos Markt. Mythos Neoklassik. Das Elend des Marktfundamentalismus. Metropolis, Marburg
- 8 Loske, R., Schaeffer, R. (Hrsg.) (2005): Die Zukunft der Infrastrukturen. Intelligente Netzwerke für eine nachhaltige Entwicklung, Metropolis, Marburg
- 9 Fraser, N., Neumann, S., Mouffe, C., Sassen, S. u. a. (2020): Humans are not resources. Coronavirus shows why we must democratise work: <https://www.theguardian.com/commentisfree/2020/may/15/humans-resources-coronavirus-democratise-work-health-lives-market>
- 10 <https://www.stiftung-verantwortungseigentum.de>
- 11 <https://www.netzwerk-oekonomischer-wandel.org/ueber-now>
- 12 Graupe, Silja (2020): Denken in der Krise. Für ein neues Erkenntnisparadigma und grundsätzlichen Bildungswandel: <https://agora42.de/denken-in-der-krise-silja-graue>

➡ Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace ist international, überparteilich und völlig unabhängig von Politik, Parteien und Industrie. Mit gewaltfreien Aktionen kämpft Greenpeace für den Schutz der Lebensgrundlagen. Mehr als 600.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt.